



JUNGE UNION
Schleswig-Holstein

Leitantrag der
Jungen Union Schleswig-Holstein zum SHT 2014

Nachhaltige Generationenpolitik – Chancen erhalten

Inhalt

Nachhaltige Finanzpolitik - Landeshaushalt generationsfest machen	1
Demografischer Wandel – Herausforderung als Chance	3
Arbeitsmarkt	3
Raumentwicklung.....	5
Soziale Sicherungssysteme zukunftsfähig machen	6
Generationengerechtigkeit in Umwelt und Technik.....	9

1

2

3

4 **Nachhaltige Generationenpolitik- Chancen erhalten**

5 Spätestens seit der Diskussion um das Rentenpaket der neuen Bundesregierung ist deutlich
6 geworden, dass Generationenpolitik mehr denn je ein wichtiges politisches Handlungsfeld ist, in
7 dem noch viele Fragen für die kommenden Jahrzehnte nicht abschließend geklärt sind. Die
8 bevorstehenden gesellschaftlichen Veränderungen werden Deutschland und damit auch
9 Schleswig-Holstein vor große Herausforderungen stellen. Das Älterwerden geburtenstarker
10 Jahrgänge: Das Älterwerden der Baby-Boomer-Generation, die gestiegene Lebenserwartung sowie
11 der demokratische Wandel werden Einfluss auf viele Politikfelder nehmen. und die gestiegene
12 Lebenserwartung wird wie bereits jetzt, starken Einfluss auf viele Politikfelder nehmen. Daneben
13 bestehen viele „Altlasten“ wie die starke Verschuldung der Haushalte und der immer deutlicher
14 werdende Investitionsstau, die in den kommenden Jahren bewältigt werden müssen. Die
15 Veränderung der Gesellschaft im Rahmen der Globalisierung und der technische Fortschritt tun ihr
16 Übriges.

17 **Nachhaltige Finanzpolitik - Landeshaushalt generationsfest machen**

18 Eine generationengerechte Politik hat sich vor allem im Umgang der Gesellschaft mit den
19 Ressourcen zu messen. Entscheidend ist dabei, dass eine heutige Gesellschaft nur so viele
20 Ressourcen konsumiert, wie auch zukünftigen Generationen mit Sicherheit noch zur Verfügung
21 stehen. Dabei gilt es, ein gesundes und nachhaltiges Maß zwischen gegenwärtigem Konsum und
22 zukunftsgerichtete Investitionen zu finden. Maßgeblich hierfür ist die Finanz- und Haushaltspolitik
23 der öffentlichen Haushalte.

24 Das Bundesland Schleswig-Holstein steht hier vor großen Herausforderungen für die kommenden
25 Generationen. Allein in Schleswig-Holstein wurde – bei einem aktuellen Haushaltsvolumen von
26 knapp 10 Milliarden Euro – über Jahrzehnte ein Schuldenberg von über 27 Milliarden Euro
27 angehäuft. Schleswig-Holstein weist damit eine bundesweit überdurchschnittlich hohe
28 Verschuldung auf, für die trotz historisch niedriger Zinsen bereits heute knapp eine Milliarde Euro
29 an Zinsen pro Jahr zu zahlen sind. Dieses Geld fehlt bei Investitionen in Forschung und Bildung
30 oder dem Erhalt der Infrastruktur. Alleine bei einem Zinsanstieg auf einen durchschnittlichen
31 Zinssatz von 5% hätte dies Belastungen von mehreren hundert Millionen Euro für den

32 Landeshaushalt zur Folge. Hinzu kommt, dass der Landeshaushalt durch etliche Schattenhaushalte
33 und eingegangene Verpflichtungen, wie zum Beispiel die Pensionskosten der Beamten, weiter
34 belastet ist und auf absehbare Zeit noch weiter belastet wird. Allein die Personal- und
35 Versorgungskosten werden zwischen 2010 und 2020 um mehr als zwei Milliarden Euro steigen.

36 Die 2010 eingeführte Schuldenbremse ist ein erster richtiger und wichtiger Schritt im Sinne einer
37 generationengerechteren Haushaltspolitik. Ab 2020 wird der enorme Schuldenberg nicht weiter
38 ansteigen. Allerdings bedeutet eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik. Werden
39 – so wie aktuell in Schleswig-Holstein – einfach nur die Investitionen gekürzt um die
40 Schuldenaufnahme zu reduzieren, dann ist dies nicht im Interesse der kommenden Generationen.
41 Eine generationengerechte Politik zeichnet sich durch ausgeglichene Haushalte, bei ausreichenden
42 Investitionen für die Zukunft aus. Die Haushaltspolitik des Landes macht jedoch derzeit vor allem
43 durch einen enormen Investitionsstau in den wichtigen Bereichen der Verkehrsinfrastruktur, der
44 Bildungs- und Forschungseinrichtungen, der Gesundheitsversorgung und der Breitbandversorgung
45 von sich reden.

46 Schleswig-Holstein braucht nach der Einführung der Schuldenbremse nun auch einen
47 verbindlichen Tilgungsplan, der regelt, wie die Verbindlichkeiten des Landes innerhalb der
48 nächsten 50 Jahre ausgeglichen werden können. Von Vorteil wäre hierbei ein gemeinsamer
49 Altschuldenpakt in Form eines Staatsvertrages von Bund und Ländern, bei dem die Schulden
50 zusammengeführt und unter anderem durch die Einnahmen des Solidaritätszuschlags bedient
51 werden. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein lehnt daher eine Abschaffung des Solis mit einer
52 damit verbundenen dauerhaften Steuererhöhung ab.

53 Durch Tilgung der Schulden ergibt sich durch Zinseinsparungen mit der Zeit ein immer größerer
54 finanzieller Handlungsspielraum. Dieser darf nicht für konsumtive Ausgaben und neue
55 Wahlgeschenke verplant werden, sondern muss sinnvoll investiert und für Personal- und
56 Versorgungsverpflichtungen zurückgestellt werden. Für diesen Bereich braucht es zukünftig auch
57 mehr Ehrlichkeit und Transparenz in der Haushaltspolitik. Heute eingegangene Verpflichtungen,
58 die Haushalte in der Zukunft belasten, müssen auch heute schon erfasst werden. Daher fordert die
59 JUNGE UNION Schleswig-Holstein die Einführung der Doppik im Landeshaushalt.

60 Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage muss sich das Land in den kommenden Jahrzehnten auf
61 Kern- und Schwerpunktaufgaben, insbesondere Bildung, Infrastruktur und innere Sicherheit,
62 konzentrieren. Nur so können bei ausgeglichenem Haushalt die nötigen Investitionen in die
63 Zukunftsfähigkeit des Landes bewältigt werden.

64 Trotz schwieriger Haushaltslage dürfen die Bürger nicht weiter durch steigende Abgaben belastet
65 werden.

66 **Für eine generationengerechte Finanz-und Haushaltspolitik fordert die JUNGE UNION**
67 **Schleswig-Holstein:**

- 68 • die Einführung eines gemeinsamen Altschuldenpakts in Form eines Staatsvertrages von
69 Bund und Ländern mit einem verbindlichen Tilgungsplan über die nächsten 50 Jahre.
- 70 • die Einführung der doppischen Buchführung und die Schaffung von Rückstellungen für
71 kommenden Personal- und Versorgungsverpflichtungen.
- 72 • eine Konzentration des Landes auf Kern- und Schwerpunktaufgaben in den kommenden
73 Jahrzehnten.
- 74 • einen zügigen Abbau des Investitionsstaus bei Verkehrsinfrastruktur sowie Bildungs-
75 Forschungs-, und Gesundheitsversorgungseinrichtungen als auch beim Breitbandausbau.
- 76 • keine weitere Erhöhung der Abgabenlast.

77

78 **Demografischer Wandel – Herausforderung als Chance**

79 Der demografische Wandel in Deutschland gilt als die gesellschaftliche Herausforderung des 21.
80 Jahrhunderts. Er ist dabei jedoch nicht nur Herausforderung, sondern auch Chance für die
81 kommenden Generationen. Veränderte Bevölkerungsstrukturen müssen dabei nicht grundsätzlich
82 als Gefahr angesehen werden, sondern bieten auch die Möglichkeit für neue Entwicklungen. So
83 entsteht durch eine alternde und schrumpfende Gesellschaft eine veränderte Nachfrage nach
84 spezialisierten Arbeitsplätzen, beispielsweise im Pflege- und Gesundheitsbereich.

85 **Arbeitsmarkt**

86 Mit sinkender und alternder Bevölkerungszahl sinkt automatisch auch die Zahl der Bevölkerung im
87 erwerbsfähigen Alter. Aktuell ist davon auszugehen, dass bis zum Jahr 2050 bis zu 30 Prozent
88 weniger Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Ohne politisches Gegenwirken ist
89 allein diese Entwicklung eine große Gefahr für den Wohlstand unseres Landes. Verstärkt wird diese
90 Entwicklung schon heute durch einen zunehmenden Fachkräftemangel.

91 Dieser Entwicklung muss durch eine Mobilisierung der stillen Reserve, also der heute freiwillig
92 nicht berufstätigen Personen, eine längere Lebensarbeitszeit und durch qualifizierten Zuzug
93 gezielt entgegengewirkt werden. Bei einer stärkeren Mobilisierung der stillen Reserve geht es in
94 erster Linie darum, mehr Frauen und Müttern den Einstieg und Wiedereinstieg in eine

95 Beschäftigung zu erleichtern und den Anteil älterer Menschen am Arbeitsmarkt zu steigern. Bei
96 der Beschäftigung von Frauen müssen die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik mehr gestalten und
97 fördern und nicht schlicht verwalten und vermitteln, wie es heute der Fall ist. Die Frage nach Kind,
98 Karriere oder Pflege von Familienangehörigen darf in einer modernen und generationengerechten
99 Gesellschaft keine „Entweder-Oder“-Frage mehr sein. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines
100 der zentralsten Themen generationengerechter Politik und muss auch zur Maxime
101 gesellschaftlichen Handelns werden. An dieser Stelle muss auch die Wirtschaft stärker als bisher
102 ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und in den Ausbau betrieblicher
103 Betreuungsangebote investieren.

104 Bei der stärkeren Beschäftigung älterer Menschen entfaltet die Rente mit 63 eine
105 kontraproduktive Wirkung. Sie ist schlicht falsch. Sie widerspricht den aktuellen
106 Herausforderungen, die sich für den Arbeitsmarkt durch den demographischen Wandel ergeben.
107 Stattdessen gilt es, die Erwerbsminderungsrente zu stärken und Menschen, die tatsächlich
108 aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigung nicht mehr beziehungsweise nur noch eingeschränkt
109 erwerbstätig sind, zu unterstützen. Auch hier muss die Arbeitsmarktpolitik viel stärker als bisher
110 kreative Lösungen für einzelne Menschen finden. Ein schlichtes Abschieben älterer Menschen aus
111 dem Zuständigkeitsbereich der Arbeitslosenversicherung in die Frühverrentung darf es nicht mehr
112 geben.

113 Wir brauchen eine Agenda 2020, die wie schon die Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen, zu einer
114 Flexibilisierung des Arbeitsmarktes führt und somit die Sockelarbeitslosigkeit in Deutschland
115 spürbar senkt. Nur durch mehr Flexibilität, bei der auch bisher nicht erwerbstätige und
116 geringqualifizierte Personen eine unbürokratische Beschäftigung aufnehmen können, kann der
117 Anteil der Erwerbstätigen gesteigert werden. Begleitendes Element für alle bisherigen
118 arbeitsmarktpolitischen Instrumente muss jedoch immer eine gezielte Förderung qualifizierter
119 Zuwanderung sein. Deutschland muss hierbei jedoch anerkennen, dass es nicht als einziges Land
120 um ausländische Fachkräfte bemüht. Deutschland steht hier in hartem Wettbewerb mit anderen
121 erfolgreichen Volkswirtschaften. Deshalb brauchen wir mehr Transparenz als bisher bei der
122 Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Ausländische Fachkräfte müssen schon vor einem Umzug
123 nach Deutschland Klarheit über eine Anerkennung ihrer Abschlüsse haben, wenn diese unseren
124 Standards entsprechen sollten sie möglichst schnell anerkannt werden.

125 **Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:**

- 126 • eine stärkere Förderung zur Wiederbeschäftigung von Müttern und Erwerbstätigkeit von
127 Frauen.

- 128 • einen stärkeren Ausbau der Kinderbetreuung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.
- 129 • keine unbegründeten Frühverrentungen mehr.
- 130 • eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für den erleichterten Beschäftigungseinstieg.
- 131 • Transparente und schnelle Bewertung und Anerkennung von ausländischen Abschlüssen.
- 132 • Förderung und Stärkung der häuslichen Pflege.

133

134 **Raumentwicklung**

135 Der demographische Wandel wird zukünftig Auswirkung auf nahezu alle Bereiche des täglichen
136 Lebens haben. Vor allem in Schleswig-Holstein wird ein beträchtlicher Bevölkerungsrückgang in
137 der Peripherie bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum in den Ballungszentren festzustellen
138 sein. Diese Entwicklung wird vor allem für die Menschen im ländlichen Raum teils dramatische
139 Auswirkungen haben. Es ist jedoch unabdingbar, dass sich die Politik zukünftig stärker als bisher
140 auf die Chancen der „Wachstumsregionen“ fokussiert, unabhängig davon, ob es sich hierbei um
141 städtische oder ländliche Gebiete handelt. Bei einer gezielten Entwicklung der urbanen Regionen
142 darf jedoch eine bedarfsgerechte Anbindung des ländlichen Raumes nicht außer Acht gelassen
143 werden.

144 Eine staatliche Förderung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge wird künftig
145 nicht mehr mit dem „Gießkannenprinzip“ möglich sein. Die Zuständigkeitsbereiche öffentlicher
146 Einrichtungen dürfen nicht an kleinteiligen politischen Grenzen aufhören, sondern müssen
147 hinsichtlich einer flexibleren Erreichbarkeit organisatorisch optimiert werden. Eine besondere
148 Stellung nehmen hierbei jedoch Schulen ein, die ebenfalls Teil der öffentlichen Infrastruktur
149 darstellen. Da diese oftmals „Herzstück“ kleiner Gemeinden bilden, muss die Politik Wege finden
150 insbesondere kleine Grundschulstandorte zu sichern. Ein starres Abstellen auf bestimmte
151 Mindestschülerzahlen ist dabei der falsche Weg. Zentrale Orte werden für die Versorgung der
152 Bevölkerung im ländlichen Raum immer wichtiger; demnach muss sich auch die öffentliche
153 Förderung zentraler Orte anpassen. Kann die Versorgung direkt im ländlichen Raum nicht mehr
154 flächendeckend sichergestellt werden, so muss eine verbesserte Infrastruktur in der Fläche eine
155 schnelle Erreichbarkeit der zentralen Orte ermöglichen. Dazu gehört auch die digitale
156 Erreichbarkeit und der flächendeckende Ausbau des Breitbandnetzes, um Geschäfts- und
157 Verwaltungsangelegenheiten ortsunabhängig auch digital erledigen zu können. Entsprechende
158 Zugänge und Angebote z.B. von Behörden und öffentlichen Einrichtungen müssen geschaffen und
159 gefördert werden.“ nach „eine schnelle Erreichbarkeit der zentralen Orte zu ermöglichen. Der
160 Bedarf an Mobilität wird zukünftig weiter zunehmen. Vor allem für Senioren, die nur noch

161 eingeschränkt am Individualverkehr teilnehmen, ist eine bessere Vernetzung des Öffentlichen
162 Personennahverkehrs mit den Wachstumszentren dringend notwendig. Dabei müssen neue
163 kreative Lösungen wie Bürgerbusse, Anruf-Sammel-Taxis und weitere lokale Ideen, die den
164 individuellen Bedarf bedienen, gefunden und gefördert werden. Eine Überarbeitung des
165 Personenbeförderungsgesetzes ist zu überprüfen.“ Nach „Vernetzung des Öffentlichen
166 Personennahverkehrs mit den Wachstumszentren dringend notwendig.

167 **Für eine nachhaltige Raumentwicklung und Regionalpolitik fordert die JUNGE UNION**
168 **Schleswig-Holstein daher:**

- 169 • eine stärkere Bündelung in der Bereitstellung öffentlicher Daseinsvorsorge.
- 170 • eine bedarfsgerechte Anbindung des ländlichen Raums.
- 171 • eine stärkere staatliche Förderung zentraler Orte.
- 172 • eine seniorengerechte Infrastruktur im ländlichen Raum.
- 173 • eine stärkere Vernetzung des ÖPNVs.

174

175 **Soziale Sicherungssysteme zukunftsfähig machen**

176 Die soziale Sicherung in Deutschland wird im Wesentlichen durch die Sozialversicherungssysteme
177 gewährleistet, die dabei in aller Regel auch einen Transfer zwischen den Generationen darstellt.
178 Die größte Last wird dabei von der jungen erwerbstätigen Generation getragen. Die Absicherung,
179 die in unserem Land durch Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung
180 gewährleistet wird, sucht weltweit ihresgleichen. Wir können zu Recht stolz sein auf die deutsche
181 Sozialversicherung. Der demographische Wandel stellt jedoch eine große Herausforderung dar, die
182 ohne mutiges Handeln zu einer Gefahr für die soziale Sicherung in unserem Land wird. Eine
183 älter werdende Gesellschaft führt durch immer weniger Beitragszahler und immer mehr
184 Leistungsempfänger zu einem Ungleichgewicht in der Alters-, Pflege- und Gesundheitsvorsorge.

185 Für ein generationengerechtes soziales Sicherungssystem sind entscheidende politische Reformen
186 notwendig. Bedingt durch den demographischen Wandel erfordert dies auch eine neue Definition
187 der Solidarität und der gesellschaftlichen Lastenverteilung in unserem Land. Ein jeder hat dabei
188 seinen Beitrag zu leisten und darf sich dabei der Solidarität des sozialen Sicherungssystems nicht
189 entziehen. Starke Schultern müssen dabei stets mehr tragen als schwache Schultern. Daher müssen
190 die gesetzlichen Versicherungssysteme gestärkt und der Kreis der versicherungspflichtigen
191 Personen erweitert werden. Auch Berufsgruppen wie Freiberufler und Beamte müssen stärker als
192 bisher in die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme integriert werden. Weiter muss die

193 Belastung mittlerer Einkommen reduziert werden und die Lastenverteilung in den Systemen
194 zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber weiter angeglichen werden. Die Versicherungspflicht ist
195 ein hohes Gut, die die Absicherung in verschiedenen Lebenslagen aller Bürger sicherstellt. Daher
196 muss dafür Sorge getragen werden, dass die Versicherungspflicht für alle gilt und somit eine
197 Grundsicherung gewährleistet ist. Künftig sollten auch verstärkt Eltern in den
198 Sozialversicherungssystemen bevorteilt werden. Dies soll anders als beim Rentenpaket
199 insbesondere auf der Einnahmeseite erfolgen.

200 Zukünftig muss verstärkt die Durchlässigkeit der Sozialversicherungssysteme in Europa weiter
201 ausgebaut werden. Mittlere Einkommen auf Höhe der Beitragsbemessungsgrenze müssen
202 heutzutage den Höchstsatz der Sozialabgaben und gleichzeitig eine hohe Steuerprogression
203 tragen. Hierbei gilt es, mittlere Einkommen zu entlasten.

204 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein bekennt sich zum Säulen-Modell der Rentenversicherung
205 aus dem staatlichen Umlagesystem, privater kapitalgedeckter Vorsorge. Dabei sollten vor allem
206 nichtstaatliche Vorsorgesysteme wie die private Vorsorge, betrieblicher Altersvorsorge und
207 Betriebsrenten gestärkt werden. Personen, die privat vorsorgen und dafür in ihrer Erwerbstätigkeit
208 auf Konsum verzichten, dürfen dafür nicht bestraft werden. In sozialen Notlagen darf ihre private
209 Vorsorge nicht vollumfänglich verrechnet werden. Der demographische Wandel und der damit
210 verbundene, erfreuliche Anstieg der Lebenserwartung machen eine Flexibilisierung der
211 Rentenversicherung notwendig. Die JUNGE UNION bekennt sich zur Rente mit 67. Generell sollte
212 der Renteneintritt durch eine Flexi-Rente variabler gestaltet sein und bei guter Gesundheit auch
213 Anreize für eine längere Lebensarbeitszeit bieten. Eine abschlagsfreie Rente mit 63 lehnt die
214 JUNGE UNION Schleswig-Holstein ab. Stattdessen muss die Erwerbsminderungsrente gestärkt
215 und somit der vorzeitige Renteneintritt bei psychischer oder physischer Beeinträchtigung
216 verbessert werden. Auch bei der Beitragshöhe muss durch mehr Flexibilität und freiwillige
217 Zusatzbeiträge ein Erwerb von zusätzlichen Rentenpunkten möglich sein. Stärker als bisher muss
218 die Erziehungsleistung von Kindern berücksichtigt werden. Dies muss nicht nur für Eltern spürbar
219 positive Renteneffekte, sondern für Kinderlose auch spürbar negative Effekte auf die Rentenhöhe
220 haben. Die Gesundheitsversorgung stellt einen wichtigen Pfeiler der öffentlichen Daseinsvorsorge
221 dar.

222 Der demographische Wandel gefährdet nicht nur die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme,
223 sondern in Teilen auch die Leistungserbringung. So muss die Attraktivität der Pflege- und
224 Gesundheitsberufe deutlich gesteigert werden. Für Ärzte und qualifizierte Pflegekräfte muss nach
225 einer Ausbildung ein Anreizsystem für den Verbleib in strukturschwächeren Regionen geschaffen
226 werden. Die gesetzliche Krankenversicherung muss von Überregulierung und planwirtschaftlichen

227 Elementen befreit werden. Die Möglichkeiten der Stipendienvergabe und die Einrichtung
228 vereinfachter Zulassungsvoraussetzungen für Studenten, die sich freiwillig verpflichten, nach dem
229 Studienabschluss in ländlichen Regionen zu praktizieren, sollen dabei geprüft und nach dem
230 Vorbild Sachsen-Anhalts umgesetzt werden. Dazu bedarf es mehr Wettbewerb zwischen den
231 Kassen und den privaten Krankenversicherungen. Auch bei der Krankenversicherung müssen
232 bisher befreite Berufsgruppen stärker in die Solidargemeinschaft eingebunden werden. So sollten
233 auch Beamte zukünftig durch eine gesetzliche Basisversicherung abgesichert werden.
234 Zusatzleistungen wie aktuell in der privaten Krankenversicherung üblich, könnten auch zukünftig
235 abgeschlossen und über die Beihilfe mitgetragen werden.

236 Vor allem die Pflegeversicherung steht durch den demographischen Wandel vor großen
237 Herausforderungen. Zum Erhalt einer generationengerechten und zukunftsfähigen
238 Pflegeversicherung bedarf es einer umfassenden Pflegereform, die eine Erweiterung des
239 Leistungskatalogs, eine auskömmliche Finanzierungsgrundlage und eine Stärkung für private
240 Pflegevorsorge regelt.

241 **Für ein generationengerechtes Sozialversicherungssystem fordert die JUNGE UNION**
242 **Schleswig-Holstein:**

- 243 • eine Ausweitung der Versicherungspflicht auf weitere Berufsgruppen für alle
244 Sozialversicherungen.
- 245 • die Berücksichtigung von allen Einkommensarten für die Beiträge zu den
246 Sozialversicherungen.
- 247 • eine stärkere Berücksichtigung von Erziehungsleistungen der Eltern in der
248 Rentenversicherung.
- 249 • eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters und Abschaffung der abschlagsfreien Rente
250 mit 63.
- 251 • eine Stärkung der Erwerbsminderungsrente.
- 252 • eine Stärkung der Attraktivität der Pflege- und Gesundheitsberufe.
- 253 • mehr Wettbewerb zwischen den Kassen und den privaten Krankenversicherungen.
- 254 • eine Ausweitung des Leistungskatalogs und eine Verbesserung der Finanzierungsgrundlage
255 in der Pflegeversicherung.

256

257 **Generationengerechtigkeit in Umwelt und Technik**

258 Generationengerechtigkeit spiegelt sich auch im Umgang und nachhaltigen Erhalt von Natur und
259 Umwelt wider. Als Hochtechnologieland muss die Bundesrepublik Deutschland Vorreiter bei
260 Naturschutz und ressourcenschonender Umweltpolitik sein. Die JUNGE UNION Schleswig-
261 Holstein sieht daher eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung in der Umsetzung der
262 „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“. Im Mittelpunkt einer nachhaltigen und
263 generationengerechten Umwelt- und Technologiepolitik steht die effiziente Nutzung natürlicher
264 Ressourcen. Wir brauchen schnellstmöglich einen geschlossenen Ressourcenkreislauf. In allen
265 Bereichen des täglichen Lebens müssen wir uns von der heutigen „Wegwerfgesellschaft“
266 entfernen. Noch stärker als bisher sollte sich die Politik für eine Förderung der Kreislaufwirtschaft
267 einsetzen.

268 Wichtigster Teilaspekt in diesem Bereich ist die Abfallwirtschaft. Bereits heute gehört Deutschland
269 hier zu den Vorreitern auf der Welt. Dennoch stellt uns die Umsetzung der europäischen
270 Abfallrahmenrichtlinie (ARR) vor Herausforderungen. Ziel der Abfallwirtschaft muss es sein,
271 langfristig den Anteil von Biomüll und anderer wiederverwertbarer Stoffmasse deutlich zu
272 erhöhen. Elektromüll, Möbel, Spielzeug und ähnliches müssen stärker als bisher zur
273 Wiederverwertung aufbereitet werden. Ohne Verständnis und Partizipationsbereitschaft der
274 Bevölkerung sind diese Vorgaben nicht umsetzbar.

275 Wesentliche Schnittstelle zwischen Umwelt und Technik ist auch die Energiepolitik. Hier ist
276 Deutschland und insbesondere Schleswig-Holstein Vorreiter, wenn es um die Nutzung
277 regenerativer Energien geht. Die Nutzung regenerativer und umweltschonender Energien ist
278 nachhaltig und generationengerecht, sofern bei ihrem Ausbau die Wirtschaftskraft Deutschlands
279 nicht gefährdet wird. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein bekennt sich klar zur Energiewende
280 und dem damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien. Allerdings können die enormen
281 Kosten durch die Förderung mittels des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) zu sozialen
282 Verwerfungen und ökonomischen Schäden führen. Trotz starken staatlichen Eingriffs durch das
283 EEG war der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Vergangenheit ungeplant und führte daher
284 zu hohen Umlagekosten für die Verbraucher. Nachhaltige Energiepolitik muss sich zukünftig
285 stärker an dem eigentlichen Ziel, nämlich dem Klimaschutz, orientieren. Daher muss das
286 Instrument des Europäischen Emissionshandels gestärkt werden. Allein durch den Emissionshandel
287 mit begrenzten Zertifikaten kann der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen vermindert und die
288 Umwelt geschont werden. Wie und welche erneuerbaren Energien dabei ausgebaut werden, sollte
289 dabei nachrangig sein. Schwankungen in der Stromerzeugung sollen durch eine gestärkte

290 Förderung von Stromspeichern ausgeglichen werden. Im Fokus muss eine generationengerechte
291 Umwelt- und Technikpolitik abseits der Wünsche von Interessengruppen stehen.

292 **Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:**

- 293 • eine klare Formulierung und bessere Kommunikation und Bewusstseins-schaffung der
294 Notwendigkeit umweltpolitischer Zielsetzungen.
- 295 • ein stärkeres Bekenntnis zur geschlossenen Kreislaufwirtschaft.
- 296 • eine bessere Kommunikation für die Notwendigkeit nachhaltiger Recyclingpolitik.
- 297 • einen klaren und gezielten Ausbau der erneuerbaren Energien.
- 298 • mehr Wettbewerb und weniger Planwirtschaft in der Energiewirtschaft.
- 299 • eine Stärkung des Europäischen Emissionshandels.

300

301 Generationenpolitik umfasst wie kaum ein anderes politisches Handlungsfeld viele Probleme
302 und Herausforderungen unterschiedlichster Art. Jedes ist dabei individuell und vor den
303 Herausforderungen der Zukunft zu lösen. Ziel muss dabei sein, die kommenden Generationen
304 vor einer Mehrbelastung zu bewahren und die Leistungsfähigkeit unseres Landes auszubauen.
305 Aber nicht nur die Politik muss gute Voraussetzungen für die Bewältigung der
306 Herausforderungen stellen, auch die Gesellschaft muss sich der Problematik bewusst werden
307 und ein Umdenken muss stattfinden. Denn nur gemeinsam können wir die Leistungsfähigkeit
308 unseres Landes und unseren Lebensstandard erhalten.